

## **Jahreskonferenz der Integrations- und Ausländerbeauftragten der Länder in Dessau-Roßlau, 29. und 30. Oktober 2019**

### **Resolution**

#### **Wehrhafte Demokratie stärken – Bekämpfung und Prävention von Rechtsextremismus und Antisemitismus ausbauen und verstetigen**

Die Integrations- und Ausländerbeauftragten der Länder zeigen sich entsetzt über den rechtsextremen Anschlag vom 09.10.2019 in Halle (Saale), bei dem zwei Menschen ermordet, weitere verletzt und viele traumatisiert wurden. Nur durch Zufall konnte der Täter sein Ziel eines Blutbads in der Synagoge nicht umsetzen. Aus den Äußerungen des Täters spricht eine zutiefst antisemitische, antimuslimische, rassistische Ideologie und Menschenverachtung. Diese Tat war kein Alarmzeichen, sondern die mörderische Umsetzung von Hass und Hetze, wie sie zunehmend offen in rechtsextremen Milieus, in sozialen Medien, aber auch von Rechtspopulisten im öffentlichen und parlamentarischen Raum artikuliert wird.

Die Tat richtet sich gegen die Werte unserer Demokratie, in der die Menschenwürde das höchste Gut ist. Der Schutz vor rassistischen Diskriminierungen, vor Benachteiligungen wegen der ethnischen Herkunft, des Geschlechts, der sexuellen Orientierung, der Religion oder der Weltanschauung ist die Grundlage unserer vielfältigen Gesellschaft.

Die Integrations- und Ausländerbeauftragten der Länder begrüßen daher die verstärkten Schutzmaßnahmen zur Sicherung von Synagogen und anderen Glaubensorten, damit das Grundrecht auf freie Religionsausübung ohne Angst wahrgenommen werden kann.

Klar ist aber auch: Keine noch so gut ausgerüstete Polizei kann einen vollständigen Schutz sicherstellen. Die Verrohung der politischen Kultur und die Öffnung des gesellschaftlichen Diskurses für rechtsextreme und rassistische Narrative muss dringend gestoppt werden. Dafür ist eine breite und zielgruppenadäquate Präventionsarbeit gegen Rassismus, Antisemitismus, Islamfeindlichkeit, Homophobie und andere Formen Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit erforderlich. Deshalb fordern die Länderbeauftragten:

1. Eine Präventionsarbeit, die Fachkräfte und Multiplikatoren im Umgang mit Abwertung und Hass stärkt, ist der Schlüssel zu einem friedlichen Zusammenleben. Es braucht Eltern, Erzieherinnen und Erzieher, Lehrerinnen und Lehrer, Beratungsstellen, Vereine und eine engagierte Zivilgesellschaft, die in der Lage sind, Widerspruch zu leisten, wenn Menschen wegen ihrer Herkunft oder ihrer Religion ausgegrenzt werden. Politische Bildung und

Demokratiebildung sind von Kita über Schule, berufliche Bildung bis Studium und Weiterbildung verbindlich zu verankern.

2. Ein verstärktes Engagement zur verbesserten Radikalisierungsprävention im Internet. Das Internet darf nicht als rechtsfreier Raum für Hate-Speech, Verschwörungstheorien und rechtsextremistische Hasspropaganda missbraucht werden. Auch im Netz müssen demokratische Kultur und friedliche Debatte gestärkt und Hassreden zurückgedrängt werden.

3. Eine Verstärkung und Erhöhung der im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ zur Verfügung stehenden Mittel zur strukturellen und nachhaltigen Stärkung der Präventionsarbeit gegen Rechtsextremismus sowie der Arbeit für demokratische Teilhabe. Um die Präventionsarbeit verlässlich zu verstetigen, unterstützen die Beauftragten die Forderung nach einem Demokratieförderungsgesetz.

4. Gesellschaftliche Vielfalt gelingt dort besonders gut, wo sich Menschen unterschiedlicher Herkunft und Religion begegnen können. Der direkte Kontakt trägt dazu bei, Vorurteile und Vorbehalte zu erkennen und zu überdenken. Deshalb setzen wir weiterhin auf Begegnung, interreligiösen und interkulturellen Dialog sowie eine aktive Rolle und verbesserte Teilhabechancen für Migrant\*innenorganisationen.